

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1929

22.3.1929 (No. 69)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Fernsprecher
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
C. Amend,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf., Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 cm Höhe und ein Zehntel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antilige Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, zwangsweiser Beitreibung, und sonstiger Verfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streit, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Abonnent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksaßen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Letzte Nachrichten

Grundlose Gerüchte über Dr. Stresemann

W. London, 22. März. (Tel.) „Daily Telegraph“ berichtet aus San Remo: Die Gerüchte, die in einem Teil der Presse erschienen sind, daß Dr. Stresemann Gesundheitszustand seinen baldigen Rücktritt zur Folge haben werde, sind grundlos. Seit seiner Ankunft in San Remo vor 10 Tagen haben Ruhe und Sonnenchein bereits Wunder gewirkt. Sein Arzt ist überzeugt, daß in weiteren 2 Wochen Dr. Stresemann vollkommen wohl sein wird, um seinen Posten wieder anzutreten. Der Korrespondent ist zu der Erklärung ermächtigt, daß, solange Dr. Stresemann das Vertrauen seines Landes genießt, er beabsichtigt, dem Reich zu dienen. Dr. Stresemann hofft, zur nächsten Ratstagung im Juni nach Madrid zu gehen.

Dr. Schacht in Berlin

Berlin, 22. März (Priv.-Tel.) Reichsbankpräsident Dr. Schacht ist heute vormittag aus Paris hier eingetroffen, um morgen an der Montagsitzung des Generalrates der Reichsbank teilzunehmen.

Die Lage des Ruhrbergbaus

Berlin, 22. März (Priv.-Tel.) Heute vormittag um 11 Uhr begann in den Räumen des Reichsarbeitsministeriums die Konferenz zwischen Vertretern der Arbeitgeber im Ruhrbergbau und Vertretern der Bergarbeiterverbände unter Teilnahme von Mitgliedern des Reichsarbeitsministeriums und des Reichswirtschaftsministeriums. Grundlage der Besprechungen war die vor einiger Zeit veröffentlichte Denkschrift der Arbeitgeber im Ruhrbergbau, die sich mit allen schwebenden Fragen über Schlichtungsweisen, Lohn- und Arbeitszeitfragen beschäftigte.

Erste Lage in Indien

W. London, 22. März (Tel.) Laut „Morning Post“ wird die Lage in Indien als ernst angesehen. In amtlichen Kreisen glaubt man an ein weitverzweigtes Komplott gegen die Regierung Indiens.

Verschiedentlich fanden Kommunistenverhaftungen statt. Die Nachrichten über Hausdurchsuchungen in verschiedenen Städten riefen das größte Aufsehen in der gesetzgebenden Versammlung in Delhi und in dem gesetzgebenden Rat von Bengalen hervor. Die gewöhnliche Arbeit der Tagungen wurde so gut wie vernachlässigt. Alle Angeklagten werden im Verlauf der nächsten drei Tage nach Meerut gebracht werden. Die Behörden treffen starke Vorkehrungsmaßnahmen, insbesondere in Bombay. Truppen sind auf strategischen Punkten aufgestellt, um allen Schwierigkeiten zu begegnen.

Weiter wird berichtet: Die gefängnis Kommunistenverhaftungen hatten Auswirkungen im industriellen Leben von Bombay. 14 Fabriken wurden gezwungen, die Arbeit einzustellen. Die Zahl der streikenden Fabrikarbeiter wird auf 25 000 geschätzt. Im Schahabad-Bergwerk von Bihar sei ein erster Landarbeiteraufstand ausgebrochen. Ein englischer Gutsoverwalter werde vermisst. Es wird angenommen, daß er getötet worden ist und daß seine Leiche von den Aufständischen mitgeschleppt wurde.

Der Reichsrat erklärte sich am Donnerstag u. a. einverstanden mit der Verlängerung der Gültigkeitsdauer von verschiedenen Verordnungen über Beschäftigung jugendlicher Arbeiter und Arbeiterinnen. Mit den Beschlüssen des Reichstags zum Nachtragsetat und zum Notetat erklärte sich der Reichsrat einverstanden.

Höhere Aufwertung für Sparguthaben bei Banken und zwar auf 25 Proz. verlangt ein von Nationalsozialisten und Volksrechtlichen (siehe im Reichstag eingebrachter Initiativentwurf).

Zur Reform der Arbeitslosenversicherung verlangt die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei Befestigung der Unterstützung für Saisonarbeiter, anderweitige Regelung für Heimarbeiter, Beseitigung der Unterstützung nach den geleisteten Beiträgen, Erhaltung der Arbeitsstellen und Sondereinrichtungen für Landarbeiter und andere Berufsgruppen.

Die Schrift der belgischen Stadt Dinant. Der Reichspostminister hat die Verfügung über den Ausschluß der Druckschrift der belgischen Stadt Dinant von der Postbeförderung, die von einer nachgeordneten Stelle ohne seine Kenntnis erlassen worden ist, wieder aufgehoben.

Wahlen in England. Die allgemeinen Wahlen in England werden, wie Neuter in Vertätigung früherer Nachrichten erfährt, am 30. Mai d. J. stattfinden.

Die Utrechter Dokumente. Die niederländische Regierung erklärte, die Beweise in die Hand bekommen zu haben, daß die Unterschriften des belgischen Obersten Michem und des Chefs des belgischen Generalstabes, Gelle, die sich auf zwei in Holland befindlichen Dokumente befinden, falsch sind.

Polnische Probemobilisierung. Wie die polnische Telegraphenagentur mitteilt, hat der Kriegsminister am 21. in der Wajnschanki-Dialistok eine Probemobilisierung von Reservisten und Wehrern anberaumt.

Das Zentrum für schnelle Wahlreform. Der geschäftsführende Vorstand der Zentrumspartei befaßte sich am Donnerstag in Berlin mit der Frage der Wahlreform. Es bestand Einmütigkeit darüber, daß die Herbeiführung der Wahlreform noch in der gegenwärtigen Reichstagsession eine unbedingte Notwendigkeit sei. Der Gesamtvorstand soll in einer Sitzung, die kurz nach Ostern stattfinden wird, einen endgültigen Beschluß in dieser Richtung fassen.

Der badische Verfassungstag Die Feier der Staatsregierung

Aus Anlaß des zehnjährigen Bestehens der badischen Verfassung fand am Donnerstag um 1 Uhr im Präsidialgebäude zu Karlsruhe ein Frühstück statt, zu dem Staatspräsident Dr. Schmitt die Regierungsmitglieder, die Mitglieder der früheren Volksregierung, des Verfassungsausschusses der badischen Nationalversammlung, die Vorsitzenden der Landtagsfraktionen und das Landtagspräsidium eingeladen hatte.

Im Laufe der Veranstaltung führte Staatspräsident Dr. Schmitt

folgendes aus: Wir sind hier zusammengekommen, um die 10. Wiederkehr des Tages zu feiern, den unsere badische Verfassung selbst als ihren Geburtsstunde bezeichnet, nämlich die Wiederkehr des 21. März 1919. Es ist der Tag des beginnenden Frühlings. Der Tag ist symbolisch; er drückt die Sehnsucht und den Herzogswunsch des badischen Volkes aus, es möge ihm nach dem schweren Dürer und Dunkel der Kriegsjahre auch wieder eine warme Frühlingssonne scheinen. Wir haben allen Grund, diesen Tag feierlich zu begehen, denn er soll die Grundlage für die Wohlfahrt unseres Landes, des Volkes, seiner Kultur, seiner Wirtschaft und seiner sozialen Verhältnisse sein. Ich habe vor allem Anlaß, den Männern der vorläufigen Volksregierung, insbesondere dem damaligen Herrn Ministerpräsidenten Geiß, den Mitgliedern der Vizekommission zur Ausarbeitung eines Verfassungsentwurfs, den Mitgliedern des Präsidiums der badischen verfassunggebenden Nationalversammlung und den Mitgliedern des damaligen Verfassungsausschusses ausdrücklich zu danken namens des badischen Volkes, den Männern, die damals ihr Leben angeboten und eingesetzt und die ihren Mut und ihre Fähigkeiten zur Verfügung gestellt haben, damit das Volk wieder erhalte, was uns nötig war:

Frieden, Freiheit, Ruhe, Ordnung und vor allem das tägliche Brot, damit der aus tausend Wunden blutende Volkskörper wieder genes.

Wir müssen den Männern danken, weil sie in den damaligen trüben Tagen den Glauben an sich und den Glauben an das badische Volk nicht verloren haben, sondern kräftig mitwirkten, um das Volk wieder aufwärts zu führen. Nicht alle die Männer, die sich um die Grundlagen unserer Verfassung verdient gemacht haben, konnten heute erscheinen; ja einige von ihnen gehören nicht mehr zu den Lebenden. Gerade den letzteren wollen wir ein ehrendes Andenken bewahren, und ihnen als Vorbildern der Selbstlosigkeit und des Pflichtbewußtseins nachfolgen.

Unter den Männern, deren Verdienste wir heute betonen, muß ich besonders die 4 Herren des gegenwärtigen Staatsministeriums herausheben, welche seit 10 und mehr Jahren Mitglieder des badischen Kabinetts sind. Die 10jährige Mitgliedschaft der Herren Justizminister Dr. Trunk und Staatsrat Dr. Marum hat das Staatsministerium schon im vergangenen Spätjahr feiern können. Heute ist es mir Ehrenpflicht des Herrn Innenministers Dr. Kemmele und des Herrn Staatsrats Weßhaupt besonders zu gedenken, die namentlich auf eine 10jährige Mitgliedschaft im Staatsministerium zurückblicken können. Das badische Volk dankt diesen 4 Männern und ehrt sie, die in schweren Zeiten mit großen persönlichen Opfern am Aufbau des badischen Volkes mitgearbeitet haben. Zum Zeichen des Dankes überreicht das Staatsministerium den Herren das Blumengebüsch, das vor ihnen liegt. Mir persönlich ist es noch ein Bedürfnis, den genannten Herren zu danken für die kollegiale offene und vertrauensvolle Art der persönlichen Zusammenarbeit mit den Herren des Staatsministeriums. Die persönlichen Beziehungen spielen auch in der Politik eine entscheidende Rolle. Es ist erfreulich, daß gerade auf der Grundlage des persönlichen gegenseitigen Verständnisses viele schwierige Fragen leichter gelöst werden konnten, als dies unter anderen Umständen möglich gewesen wäre.

Ich betrachte es als meine Aufgabe am heutigen Tage, ein offenes und freudiges Bekenntnis des Landes Baden zum Deutschen Reich

abzugeben. Wir wünschen, daß das Reich und seine Regierung stark nach außen bleibe, daß das deutsche Volk seine volle Freiheit wieder erlange: Befreiung des besetzten Gebietes — auch des badischen, Freiheit von Bedrückung und Kontrolle. Und wir verlangen, daß die Reparationen auf das Maß herabgesetzt werden, welches das deutsche Volk noch leisten kann. Wir hoffen, daß das Reich auch nach innen gestärkt wird, insbesondere durch eine Reichsreform, welche nicht bloß im Einverständnis mit den Ländern erfolgt, sondern auch auf richtigem Verständnis für die Länder beruht. Wir, die wir an der Grenze des Reiches wohnen, müssen auch heute wieder laut ausprechen, daß Baden Grenzland geworden ist, daß dadurch dem Lande viele kulturelle, soziale und wirtschaftliche Schäden neu geschaffen wurden, und daß der Ausgleich dieser Schäden nicht bloß durch das badische Volk, sondern durch das ganze deutsche Volk herbeizuführen ist.

Gleichzeitig legen wir heute ein festes Bekenntnis zum Volksstaat

ab. Als 1918 feststand, daß der bisherige Obrigkeitsstaat seine Aufgaben am Volk nicht mehr erfüllen konnte, trat das Volk wieder in seine ursprünglichen und natürlichen Rechte als eigentlicher Träger der Staatsgewalt ein; denn hier auf Erden ist das Volk die letzte Quelle der öffentlichen Gewalt. Dieser Satz, der auch in der badischen Verfassung ausgesprochen ist, ist kein Satz des Zufalls oder der Willkür, sondern ein Grundelement des Naturrechts, er ist eine Selbstverständlichkeit. So

war denn auch das Land Baden das erste Land, welches nach der Umwälzung Ruhe und feste Verhältnisse bekam. Die Wahlen zur verfassunggebenden Nationalversammlung fanden schon am 5. Januar 1919 statt, und schon am 15. Januar konnte sich die damalige Regierung auf das Vertrauen der vom Volk gewählten Nationalversammlung stützen. Die Verfassung wurde von der verfassunggebenden Nationalversammlung in der zweiten Lesung mit 90 Stimmen einstimmig angenommen und durch die Volksabstimmung am 13. April 1919 bestätigt; sie beruht also auf dem Willen des gesamten Volkes.

Wenn es aber die Gesamtheit des Volkes ist, auf die sich die Verfassung stützen soll, dann kann sich der Staat nur auf allen Volksgenossen aufbauen, und deshalb sprechen wir heute den Wunsch aus, daß alle Volksteile ohne Ausnahme in den Staat hereinkommen und am Wohle des Ganzen mitarbeiten. Andererseits kann aber eine Gesamtheit nur dann ihre Aufgabe erfüllen, wenn sie von dem Prinzip der gegenseitigen Achtung geleitet ist. Ohne gegenseitige Achtung kann eine Gesamtheit als Gesamtheit nicht bestehen und nicht gedeihen. So beruht auch unsere badische Verfassung auf dem Geist der Achtung nicht bloß des Gegenwärtigen, sondern auch des Vergangenen, auf der Achtung der andern und nicht zuletzt auch auf Selbstachtung.

Dieser Geist der gegenseitigen Rücksichtnahme und des Ausgleichs ist von der badischen Verfassung auf die badische Gesetzgebung der letzten 10 Jahre übergegangen. Keine deutsche Gesetzgebung ist so sozial eingestellt, wie die badische. Baden hat deswegen auch in diesen 10 Jahren eine ruhige Entwicklung und stabile politische Verhältnisse gehabt, wie kaum ein anderes Land. Was kann unsere Stetigkeit besser zum Ausdruck bringen, als die Feststellung, daß 4 Herren seit der Umwälzung ununterbrochen Mitglieder des Staatsministeriums geblieben sind. Die gleiche Tatsache beweist auch, daß die Einwendungen gegen das parlamentarische System als Prinzip unberechtigt sind. Wenn anderswo Mängel an dem schon vom Kaiserreich eingeführten parlamentarischen System zu beklagen sind, so liegt das nicht am System, sondern an den Personen.

Wir geloben heute, daß wir an dem vor 10 Jahren gegründeten Volksstaat festhalten, und daß wir die Minister, d. h. die Diener des gesamten Volkes sein wollen, damit das badische Volk einer glücklicheren Zukunft entgegengehe.

Der Präsident der badischen Nationalversammlung,

Dr. Kopf, Freiburg

hielt folgende Ansprache: Gestatten Sie mir auf die freundliche Begrüßung des Herrn Staatspräsidenten mit einigen Worten zu erwidern. Er hatte die Güte, aus Anlaß der Feier des zehnjährigen Bestehens der badischen Verfassung nicht bloß die Herren Minister und die derzeit führenden Männer des Badischen Landtags, sondern auch jene Herren einzuladen, die dem badischen Landtage nicht mehr angehören, aber an der Schaffung der badischen Verfassung mitgearbeitet haben. Ich bitte den Herrn Staatspräsidenten dafür den herzlichsten Dank der Eingeladenen, besonders auch jener, die sich wegen vorgerückter Jahre vom parlamentarischen Leben zurückgezogen haben, entgegenzunehmen.

Mit Recht haben Sie, Herr Staatspräsident, hervorgehoben, daß die badische Verfassung den badischen Staat als ersten deutschen Staat nach den Wirren und Umwälzungen der Revolution wieder auf eine verfassungsmäßige Grundlage gestellt und dem Lande Ruhe und Ordnung gebracht hat. Wer die Begleiterscheinungen des Umsturzes der alten Staatsverfassung, das Chaos der Revolution, dann die Einsetzung einer provisorischen Regierung, die Einsetzung und Wirksamkeit der Soldatenräte, die revolutionären Umzüge und Aufmärsche vor den Ministerien, vor seinem geistigen Auge vorüberziehen läßt, der wird es verständlich finden, wenn wir heute, obwohl erst zehn Jahre seit der Annahme der badischen Verfassung umlaufen sind, in feierlicher Weise mit Genugtuung und Befriedigung des vor zehn Jahren zustande gekommenen Verfassungswerkes gedenken und bei prüfender Rückschau mit vaterländischem Stolz feststellen, daß die vor zehn Jahren geschaffene Verfassung sich als unverrückbarer Markstein einer neuen Zeit bewährt und der demokratischen Entwicklung unseres Staates und Volkes eine unantastbare Grundlage gegeben hat. Mit berechtigtem Stolz können wir heute darauf hinweisen, daß die Einführung der republikanischen Staatsform, die Übertragung der Staatsgewalt auf das Volk und die Einführung des parlamentarischen Regierungssystems — alles tiefgreifende Neuerungen —, sich bei uns fast reibungslos vollzogen und in neugebauten Staat stabile Regierungsverhältnisse eingetretten sind, wie solche in keinem anderen deutschen Staate erreicht wurden.

Das Verdienst daran gebührt in erster Linie dem badischen Volk mit seiner demokratischen Grundrichtung, sodann aber ganz besonders den Männern, die in den Stürmen der Revolution sich mutig in die provisorische Regierung einreihen ließen und ihre ganze Kraft eingesetzt haben, um die Hochflut der revolutionären Bewegung nach Möglichkeit einzudämmen und durch Einberufung der Nationalversammlung gesetzmäßige Zustände und die Annahme der neuen Verfassung zu ermöglichen, sodann aber auch dem Verantwortungsbewußtsein und der Mäßigung der Parteiführer und der Parteien, die sich zur Regierungscoalition zusammengeschlossen haben, sowie den Männern, die als Minister und Mitglieder des Staatsministeriums das Staatsgeschick gelenkt haben. Mit Recht hat der Herr Staatspräsident hervorgehoben, daß drei Mitglieder des Staatsministeriums, nämlich

die Herren Minister Trunk und Nommels sowie Herr Staatsrat Weiskopf, nach wenigen Tagen auf eine zehnjährige Mitgliedschaft im Staatsministerium zurückblicken können. Dies will in unserer unruhigen Zeit etwas heißen und steht vielleicht im Reiche fast einzig da und gereicht ebenso sehr den genannten Herren als der Volksvertretung zur Ehre. Ich bin überzeugt, im Sinne aller Gäste zu sprechen, wenn ich diesen Herren am heutigen Erinnerungstage unsern Dank und unsere Anerkennung ausspreche für die treuen Dienste, die sie während so langer Zeit dem Land und Volk geleistet haben, aber auch unsere herzlichsten Glückwünsche zur Erreichung dieses seltenen Abschnittes staatsministerieller Tätigkeit. Wir verbinden damit den Wunsch und die Hoffnung, daß es Ihnen, ebenso aber auch den andern Mitgliedern des Staatsministeriums, vergönnt sein möge, noch manches Jahr ihre Kraft und ihre Erfahrung dem Dienste unseres Volkes zur Verfügung zu stellen. Möge der am Landtagsgebäude angebrachte Wahrspruch: „Des Volkes Wohl ist oberstes Gesetz“ jederzeit vollwertige Auswirkung erhalten.

Weider herrscht in unserm Volke zur Zeit noch vielfach eine gewisse Verdröbntheit, die sich auch in einer gewissen politischen Apathie und Gleichgültigkeit kundgibt. Es gibt zu denken, daß bei der letzten Landtagswahl nur 54 Proz. der Wahlberechtigten von ihrem Stimmrecht Gebrauch gemacht haben, eine Tatsache, die in einem demokratischen Volksstaate nicht vorzukommen sollte und sich hoffentlich nicht wiederholen wird. Wir gehen wohl nicht fehl, wenn wir als Ursache dieser bedenklichen politischen Teilnahmslosigkeit in erster Linie die leider zu beklagende ungünstige Wirtschaftslage der meisten Erwerbsstände betrachten. Ich erinnere an die bedenkliche Krise, unter welcher zur Zeit die Landwirtschaft leidet, an die vielfach mangelnde Beschäftigung in Gewerbe, Industrie und Handel, an die Unterbindung früherer Absatzmöglichkeiten für unsere Großindustrie, an die von allen beklagte Kapitalnot und den Steuerdruck, die eine Teuerung auf allen Gebieten herbeigeführt hat und auch den Arbeitern und Beamten die sorgenlose Lebenshaltung erschwert. Das alles sind Erscheinungen, die es bis zu einem gewissen Grade erklärlich erscheinen lassen, daß weite Kreise unseres Volkes über der Not des Tages das Interesse an der Allgemeinheit und den geistigen und kulturellen Aufgaben und Bedürfnissen des Staates erkalten lassen und geneigt sind, Volksvertretung und Regierung für ihre ungünstige wirtschaftliche Lage verantwortlich zu machen. Demgegenüber darf und muß am heutigen Jubiläumstage mit gutem Gewissen hervorgehoben werden, daß weder der republikanischen Staatsform noch dem parlamentarischen Regierungssystem, noch den in der Regierung vertretenen Parteien, die Schuld an den wirtschaftlichen Nöten des einen oder anderen Standes beigemessen werden kann. Es ist vielmehr lediglich der verlorene Krieg und unsere darauf zurückzuführende Verarmung, auf welche die wirtschaftlichen Notstände zurückzuführen sind.

Gleichwohl können Regierung und Volksvertretung nicht achtlos an der politischen Apathie weiter Vorübergehen. Sie haben zu prüfen, ob nicht auch unsere Verfassung oder die im Anschluß daran geschaffenen Gesetze Mängel aufweisen, die vielleicht eine Mitschuld an der politischen Interesslosigkeit tragen. Erfreulicherweise hat die badische Volksvertretung diese Prüfung bereits vorgenommen und durch Abänderung des Wahlrechts, die in einem demokratischen Staat ganz notwendige, enge Verbindung des einzelnen Abgeordneten mit seinem Wähler, welche durch die Listenwahl und die Schaffung allzu großer Wahlkreise gefährdet war, durch erhebliche Vermehrung der Wahlkreise wiederum ermöglicht. Baden hat dadurch auch dem Reiche ein nachahmenswertes Beispiel gegeben. Wir wollen hoffen, daß die neue Wahlkreiseinteilung zur Befruchtung des politischen Lebens und zur Neuverwertung des in einem demokratischen Volksstaat ganz besonders wichtigen politischen Interesses der ganzen Bevölkerung beitragen wird. Am Beginn eines neuen Jahrzehnts des badischen Verfassungslebens gebe ich namentlich der zuversichtlichen Hoffnung Ausdruck, daß dem badischen Volke trotz wirtschaftlicher Not eine weitere Parteierkältung erspart bleiben möge, und daß unserm Volke über den Sorgen des Erwerbsebens nicht der Blick auf die großen geistigen und kulturellen Aufgaben des ganzen Staates getrübt werde und allwärts die Verfassung als Grundlage politischen Lebens anerkannt wird. Nur wenn dieser Wunsch in Erfüllung geht, erhält die badische Verfassung, die mit so viel Idealismus ins Leben gerufen wurde, lebensvolle Verwirklichung, wie es eines politisch reifen Volkes würdig ist. **Unselbständiger Dienst am Volk und Staat** ist unser aller Aufgabe und Pflicht, der sich ein Volk, das die Leistung seiner Geschichte in die eigene Hand genommen hat, am allerwenigsten entziehen kann.

Meine Herren von der Regierung!

Ihnen fällt bei der Verwirklichung unserer Wünsche und Bestrebungen für das Wohl des badischen Vaterlandes die Führerrolle und die Hauptverantwortung zu; wenn sie im Geiste unserer Verfassung ihre wichtigen Ämter versehen, wird Ihnen auch die Unterstützung der Volksvertretung sicherlich nicht fehlen. Wir alle wünschen Ihrem redlichen Streben bestmöglichen Erfolg zum Wohle des Volkes und Gottes Segen. Ich lade die übrigen Herren ein, sich diesen Wünschen, denen sich sicherlich alle aus ganzem Herzen anschließen, in der Weise Ausdruck zu verleihen, daß sie antworten auf das Wohl der Mitglieder des Staatsministeriums und mit mir rufen: Sie leben hoch!

In Namen der vorläufigen Volksregierung, der er damals als Kultusminister angehörte, sprach Bürgermeister Stodinger aus St. Georgen dem Herrn Staatspräsidenten den Dank für die freundliche Einladung aus. Er erinnerte an die schweren Zeiten, unter welchen die vorläufige Volksregierung ihren Dienst am Staate zu verrichten hatte, hob auf die großen, wirtschaftlichen Sorgen der Gegenwart ab und schloß mit einem hoffnungsvollen Ausblick auf bessere Zeiten für Baden und das gesamte Deutsche Reich.

Zur Gestaltung der Zeitschrift „Deutsche Republik“ leitete Reichstanzler A. D. Dr. Wirth mit: Wichtig ist, daß ab 1. April als Mitverleger Professor Dr. Deffauer zeichnet, und zwar im Hinblick auf die Notwendigkeit einer Auseinandersetzung über das Wirtschaftsprüfungswesen, die von ihm seit geraumer Zeit in den Vordergrund gestellt worden ist. Außerdem tritt Dr. Thormann an die Stelle des jetzigen Schriftleiters Dr. Teipel. Dr. Wirth erklärte aber ausdrücklich, daß eine Änderung der Tendenz nicht beabsichtigt ist, außerdem ist es vollkommen abwegig, wenn in diesem Zusammenhang von einem Ende der republikanischen Union gesprochen werde.

Neuer Bormarsch Aman Allahs. „Times“ berichtet aus Peshawar: Alle Nachrichten aus Kandahar erwähnen Vorbereitungen für einen Bormarsch Aman Allahs auf Kabul, der jedoch noch nicht begonnen hat.

Der mexikanische Rebellenführer Jesus Aguirre ist in Las Magras im Staate Veracruz standrechtlich erschossen worden. Aguirre war mit seinen Begleitern nach einem Gefecht, bei dem zwei Offiziere der Rebellen den Tod fanden, gefangen genommen worden.

Aus dem Reichstag

Gegen den Giftgasverbot — Die Abstimmung für Beamten — In die Osterferien

Der Reichstag ist am Donnerstag in die Osterferien gegangen. Erst am 16. April will das Plenum seine Beratung wieder aufnehmen.

In der Sitzung kam zunächst das Genfer Protokoll über das Verbot des Giftgaskrieges zur dritten Beratung.

In der Aussprache trat der sozialdemokratische Abg. Crispian ebenso wie der demokratische Abg. Dr. Mühl für die Ratifizierung ein. Ein in der ersten Beratung von den Nationalsozialisten gestellter Antrag auf Bewilligung von 10 Millionen als ersten Teilbetrag für die Einrichtung eines Gas- und Luftschutzes gab beiden Rednern Veranlassung, über die Möglichkeit eines Gaskrieges für die Zivilbevölkerung zu sprechen und diese Möglichkeit unter Berufung auf Sachverständigenurteilen zu verneinen. Der nationalsozialistische Abg. Dr. Fried wiederholte in der dritten Beratung den Antrag seiner Freunde nicht. Er meinte selbst, daß ein wirklich wirksamer Schutz nur durch eine starke Luftflotte gewährleistet sei, über die Deutschland nicht verfüge. Das internationale Giftgasverbot bezeichnete er als eine wertlose und heuchlerische Geste, die keine Macht hindern werde, im Falle eines Krieges doch Giftgas zu verwenden. Diese Ansicht vertrat auch der kommunistische Abg. Stüder. Das Genfer Protokoll wurde schließlich in dritter Beratung gegen die Stimmen der Deutschnationalen und Nationalsozialisten angenommen.

In der dem folgenden Abstimmung über den am Mittwoch von den Kommunisten eingebrachten Misstrauensantrag gegen den Reichsfinanzminister wurde der Antrag gegen Kommunisten, Deutschnationalen und Nationalsozialisten bei Stimmhaltung der Wirtschaftspartei abgelehnt.

Auf Antrag des Geschäftsausschusses wurde dann nach kurzer Beratung beschlossen, daß die sogenannten „Kleinen Anfragen“, die jetzt schriftlich beantwortet werden, in Zukunft auch mündlich im Plenum beantwortet werden können, wenn die Regierung es wünscht.

Die hierauf folgende zweite Beratung des vom Zentrum bei der Beratung des Nachtrages eingebrachten Gesetzesentwurfes über die **Abänderung des Personalabbaugesetzes** verlief wie das. Hornberger Schießen. Der Zentrumsentwurf wollte die Bestimmungen der Personalabbauregulation über diesen Punkt, die am 31. März d. J. ablaufen würden, auf unbestimmte Zeit verlängern. Der Haushaltsausschuß beantragte dagegen, daß auch nach Aufhebung dieser Bestimmungen den wegen Verbehrung aus dem Dienst scheidenden weiblichen Beamten für den Verzicht auf den Pensionsanspruch wie bisher eine Abfindungssumme gewährt werden soll.

Im Gegenjah dazu hatte am Mittwoch das Zentrum seinen ursprünglichen Entwurf wieder eingebracht, mit der Änderung, daß die Bestimmungen der Personalabbauregulation noch bis zum 31. März nächsten Jahres gelten sollen. Er wurde mit 196 gegen 189 Stimmen angenommen. Da es sich hier aber um ein verfassungswidriges Gesetz handelt und die nötige Zweidrittelmehrheit nicht erreicht ist, ist der Entwurf tatsächlich doch abgelehnt. Nun erklärte die Abg. Frau Weber (Zent.), daß man auch den Ausschuhentwurf ablehnen würde. Tatsächlich wurde er mit 182 gegen 177 Stimmen abgelehnt. Das Endergebnis bleibt also, daß nunmehr die Bestimmungen der Abbauregulation am 31. März aufgehoben werden und die Beamtinnen bei ihrer Verbehrung nicht mehr auf eine Abfindungssumme rechnen können. Dagegen wurde eine vom Ausschuh beantragte Entschärfung angenommen, in der die Regierung ersucht wird, die Dienst- und Rechtsverhältnisse für die verbehrten Beamtinnen möglichst bald durch eine reichsgesetzliche Regelung zu ordnen.

Für die Gestaltung der Hamburger Hafenarbeiterlöhne wurde eine Schlichtungskammer gebildet. Der Spruch der Kammer wird wahrscheinlich im Laufe des Tages fallen.

Die Trauung des norwegischen Kronprinzen Olaf mit der schwedischen Prinzessin Märtha fand am Donnerstag in Oslo statt.

Die Meldung von einem Aufstand in Syrien wird von Sabas dementiert.

Kleine Chronik

Auf dem Flugfeld in Darmstadt verunglückte Donnerstag mittags beim Landen ein Kleinflugzeug. Die Insassen, unter denen sich auch der bekannte Automobilfabrikant **Fritz v. Opel** befand, kamen ohne Schaden davon. Herr v. Opel konnte am Abend an einem parlamentarischen Abend teilnehmen, den der hessische Staatspräsident Dr. Adelung im Staatsministerium gab.

Im humanitären Gymnasium in **Waldenburg** sind sämtliche Schulzeugnisse der Schüler der 1. bis 8. Klasse gestohlen worden. Die Zeugnisse sind unversehrt. Es handelt sich um mehrere hundert Zeugnisse. Der Dieb ist in der Person eines 16jährigen Obersekundars festgestellt worden. Er hat die Zeugnisse im Dien eines Schulzimmers verbrannt.

Die **Trinkwassernot** in Chemnitz hat sich weiter verschärft, so daß die **Spernung der Röhrenleitungen** für nächste Woche in Aussicht genommen worden ist. Das Wasser wird dann den Haushaltungen an Zapfstellen eimerweise zugeteilt werden. Bei einer Operation im **Ochsenberger Krankenhaus** (Schlesien), die bei einem 24jährigen Kind am Hals vorgenommen wurde, verlagte das elektrische Licht des Städt. Elektrizitätswerkes. Die Operation wurde dadurch unterbrochen und das Kind verstarb durch Erstickung.

Unter Vergiftungserscheinungen nach Genuß von **Gemüsekonserven** ist ein Teil der Insassen des Hospitals in **Waldenburg** erkrankt, 2 Personen sind gestorben.

16 Jünglinge in einem **Erziehungsheim** in einem **Beliner Borort** gingen gegen eine Erzieherin vor, so daß das Überfallkommando gerufen werden mußte.

Bei der Remington-Schreibmaschinen-G. m. b. H. in der Friedrichstraße in Berlin entdeckte man jetzt Veruntreuungen, die sich über 1 1/2 Jahre hinzogen. Welt über 100 Maschinen hatten das Lager verlassen, ohne daß ihr Verkauf verzeichnet worden ist.

In dem Dorfe **Zolniko** im russischen Gouvernement **Wladiwostok** brach in einem Räume eines Holzgebäudes, in dem eine **Rinosaufzucht** stattfand, infolge Entzündung eines **Kinifreijens** ein Brand aus, der das ganze Gebäude erfaßte. 114 Personen kamen bei der Katastrophe ums Leben, während 17 Personen mit Brandwunden davonkamen. Das Holzgebäude hatte nur einen Ausgang.

In der **Minlodgrube** in **Pennsylvanien** (Nordamerika) entstand eine **Explosion**. Die Zahl der Opfer ist noch unbekannt. 170 Grubenarbeiter konnten sich durch einen Notausgang retten. Bisher wurden 91 Leichen geborgen.

Der Generalmusikdirektor der Berliner Staatsoper, **Erich Kläber**, mußte wegen einer schweren Blinddarmentzündung heute, Freitag, früh schleunigst operiert werden. Die Operation ist gut verlaufen, der Zustand des Patienten jedoch sehr ernst, da Bauchfellentzündung hinzugegetreten ist.

Wirtschaftliche Umschau

Amerika und die deutsche Autoindustrie — Qualitäts-erzeugung der Landwirtschaft

Der Übergang der Majorität der größten deutschen Automobilfabrik in amerikanische Hände, der in Rüsselsheim (in Hessen zwischen Frankfurt und Mainz) liegenden **Opelwerke**, ist ein Vorgang von großer Tragweite für die deutsche Volkswirtschaft. Zunächst handelt es sich, trotzdem die Opelwerke selbständig bleiben, um eine **tatsächliche Überfremdung** der größten, am besten rentierenden und finanziell sehr günstig dastehenden deutschen Automobilfabrik, nicht etwa nur, was man aus der verwirrenden Fülle von Meldungen und Dementis während der Verhandlungen annehmen wollte, um eine amerikanische Beteiligung und gleichberechtigte Zusammenarbeit, denn die Mehrzahl der Aktien ist jetzt in amerikanischen Händen. Des weiteren ist festzustellen, daß Opel, der wehrhafter war als jede andere deutsche Automobilfabrik, dem Kampf mit der amerikanischen Konkurrenz ausweichen ist, und den Frieden unter Aufgabe der tatsächlichen Selbständigkeit vorgezogen hat. Ganz allgemein droht die Gefahr, daß eine solche Haltung Schule machen kann, auch bei deutschen Großunternehmen anderer Art, namentlich kapitalschwächeren, nachdem ein Werk, wie Opel, das noch vor kurzem mit aller Schärfe gegen die Auslandskonkurrenz kämpfte, und z. B. Niedereranten in ausländischen Automobilen nicht empfang, so schnell sich unterwarf.

Nach dem Erwerb der Mehrheit werden die Amerikaner auch die Mehrheit des Unternehmensgewinnes haben. Was für unmittelbare Folgen für die deutsche Volkswirtschaft entstehen, kommt nun darauf an, welche Einschränkung des amerikanischen Automobilexports nach Deutschland dadurch eintritt, welche Rückwirkungen für die übrigen deutschen Autofabriken sich ergeben, in welchem Maß das neue deutsch-amerikanische Unternehmen sich im übrigen europäischen Ausland als Exportindustrie durchsetzt, und in welchem Umfang die Rohstoffe, Halbfertigprodukte und Autobestandteile aus Deutschland bezogen bzw. in Deutschland hergestellt werden. Es ist durchaus möglich, ja zu erwarten, daß die durch das amerikanische Kapital sehr gestärkte Kreditfähigkeit der Opelwerke, dem dort hergestellten Fabrikat neue Absatzmärkte in den automobilmäßig bisher noch wenig erschlossenen Ländern im Osten Europas eröffnet. Dazu gibt der kleine Opelwagen, der ja weiter gebaut und verbilligt werden soll, durchaus Möglichkeiten. All dies würde eine verstärkte Beschäftigung in Deutschland, auch der Lieferindustrien, zur Folge haben. Schließlich darf bei Beurteilung der Situation nicht übersehen werden, daß die Generalmotors für den Fall des Scheiterns der Verhandlungen auch die Möglichkeit sich offengehalten hatten, in einem andern europäischen Land (Frankreich) die Großfabrikation für den europäischen Bedarf aufzunehmen, und dann von dort her uns und Europa mit billigen Wagen überflutet hätten.

Die Firma Opel ging aus einer 1862 gegründeten kleinen Nähmaschinenfabrik hervor, die 1886 auch die Herstellung von Fahrrädern übernahm, und schließlich zur größten Fahrradfabrik der Welt wurde, während man den Nähmaschinenbau einige Jahre vor dem Krieg aufgab. Der Fahrradbau, für den sich die Amerikaner nicht interessieren, wird übrigens von der Familie Opel nun allein weitergeführt. Der Automobilbau wurde 1899 aufgenommen. Darin traten schließlich mit einer Jahresproduktion von 42 000 Wagen die Opelwerke an die Spitze der deutschen Autoindustrie. Die Generalmotors Company ist der größte amerikanische Autotruster, sie befindet sich in den Händen Morgans und übertrifft noch Ford, gegen dessen Expansion in Europa sich der Zusammenschluß mit Opel übrigens richtet.

Was die Rückwirkung des Opelverkaufs auf die übrige deutsche Autoindustrie anlangt, so werden vor allen Dingen die Hersteller von Kleinwagen dadurch betroffen, denn Opel will nun sehr billige Kleinwagen zu einem Preis von 1700—1800 M auf den Markt bringen. Auch die deutschen Autofabriken, die hochwertige und größere Wagen produzieren, müssen damit rechnen, daß das Opelprogramm über kurz oder lang auch eine Ausdehnung auf solche Fabrikate erfährt. Die Kapitalstärke und Kreditfähigkeit der Amerikaner wird sich dann auch im Großwagenbau für die deutschen Fabriken empfindlich geltend machen.

Verschiedentlich hört man, daß die Folge nun der Zusammenschluß der übrigen deutschen Automobilindustrie zu einem deutschen Autotruster sein werde und müsse. Von diesem Zusammenschluß wurde seit langem viel gesprochen, aber er kam nicht vorwärts, nur bei Daimler-Benz wurde er mit Erfolg durchgeführt. Er hätte gewiß Ausichten, besonders wenn man die Produktion von Qualitäts- und Lastwagen in Aussicht nimmt, in denen sich die deutsche Industrie als sehr konkurrenzfähig im Ausland erwiesen hat. Ebenjogut ist es aber möglich, wie das ja auch bereits bei Neckarsulm-Fiat geschah, daß noch weitere deutsche Fabriken Anstich im Ausland suchen. Der Plan eines europäischen Autoindustriellen gegen Amerika, von dem man gleichfalls hörte, muß als gescheitert betrachtet werden. Das Erstrebenswerteste wäre nach dieser ganzen Sachlage eine gewisse Arbeitsteilung durch Abmachungen innerhalb der Weltautoindustrie.

Die deutschen Landwirtschaftlichen Spitzenverbände haben der Reichsregierung und dem Reichspräsidenten